

JOACHIM PERELS

Befreiung aus gesellschaftlicher Unmündigkeit

Beiträge zur Geschichte und Theorie
der Arbeiterbewegung



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Befreiung aus gesellschaftlicher Unmündigkeit

JOACHIM PERELS

Befreiung aus gesellschaftlicher Unmündigkeit

Beiträge zur Geschichte und Theorie
der Arbeiterbewegung



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung:

© Olaf Glöckler, Atelier Platen, Friedberg

ISBN 978-3-653-01267-5 (E-Book)

DOI 10.3726/978-3-653-01267-5

ISBN 978-3-631-61090-9

© Peter Lang GmbH

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2011

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des

Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für

Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de

*Peter v. Oertzen (1924-2008),
dem demokratischen Sozialisten
in widrigen Zeiten, gewidmet.*

Inhalt

Vorwort.....	9
I. Grundlegungen.....	13
1. Demokratische Alternativen zur kapitalistischen Krisendynamik. Das Beispiel des Prager Frühlings.....	15
2. Die Zerschlagung der Gewerkschaften 1933. Schutz des Kapitalismus durch Beseitigung der Koalitionsfreiheit.....	25
3. Die Harzburger Front – Etappe im Aufstieg des Nationalsozialismus.....	35
4. Sozialismus als Demokratie. Probleme einer Ordnung gesellschaftlicher Selbstbestimmung.....	43
5. Sozialistisches Erbe an bürgerlichen Menschenrechten.....	67
6. Volkssouveränität als Instrument der Perestroika? Über Schwierigkeiten der Umgestaltung der Sowjetunion.....	81
II. Theoretiker.....	91
1. Utopie als Gesellschaftskritik – Ernst Bloch.....	93
2. Der plebejische Blick – Bertolt Brecht.....	105
3. Wider das monarchische Prinzip – Peter von Oertzen.....	111
4. Auf dem Kampfboden der Weimarer Demokratie – Theodor Lessing.....	119
5. Legalität und sozialistische Strategie – Wolfgang Abendroth.....	129
6. Verfassungspositionen und gesellschaftliche Emanzipation – Jürgen Seifert.....	139
7. Überschreitung des schlecht Bestehenden – Oskar Negt.....	145
8. Ein vergessener Begriff von Politik – Siegfried Landshut.....	153
III. Orientierungen.....	159
1. Verdrängung sozialistischer Rechtstheorie in der Sozialdemokratie. Adolf Arndt und Franz L. Neumann.....	161
2. Negation der Gedankenwelt der SPD durch ihren Generalsekretär.....	169
3. Die rot-grüne Regierungspolitik und die Grundsätze der SPD. Offener Brief an Heidemarie Wieczorek-Zeul.....	171
Nachweise.....	181

Vorwort

Die Befreiung aus gesellschaftlicher Unmündigkeit war seit dem 19. Jahrhundert das weitgesteckte Ziel der demokratischen Arbeiterbewegung. Diese Perspektive, die von Karl Marx über Willy Brandt bis Oskar Negt reicht, verbindet die Beiträge dieses Buchs. Die Kritik am Kapitalismus, am Stalinismus und an der neoliberalen Ideologie bildet den Interpretationsrahmen.

Die ökonomische Dynamik in der Endphase der Weimarer Republik trägt dazu bei, dass das kapitalistische System durch die Beseitigung der rechtsstaatlichen Demokratie gerettet wird. Im Bündnis mit starken Kräften der privaten Wirtschaft gelingt es der Regierung Hitler, die Arbeiterbewegung, die wichtigste Opposition, auszuschalten, die der imperialistischen Politik entgegengestanden hätte. Die Folgen der diktatorischen Rettung des Kapitalismus waren außerordentlich.

Die Staatsdoktrin des Antisemitismus diente als ideologisches Instrument zur „Erklärung“ der in der ökonomischen Krise zugespitzten gesellschaftlichen Ungerechtigkeit. Sie wurde, während das privatwirtschaftliche System fortexistierte, den Juden in die Schuhe geschoben. Die Politik auf der Basis der völkischen Doktrin ging, beginnend mit dem Krieg Nazi-Deutschlands, mit der Vernichtung von Millionen Menschen über eine autoritäre Restabilisierung der kapitalistischen Ordnung in außerordentlichem Maße hinaus.

Auch viele Gruppen von Arbeitern, die im Widerstand in der vordersten Linie standen, wurden im Konzentrationslager und im Zuchthaus physisch vernichtet. Diese Gruppen fehlten für den Neuaufbau nach 1945. Die zerstörerische Wirkung des NS-Systems für die personelle Rekonstituierung der Arbeiterbewegung wird exemplarisch am Schicksal Kurt Schumachers deutlich. Der erste Vorsitzende der SPD nach Kriegsende starb wenige Jahre später an den Folgen der 11-jährigen KZ-Haft, ohne dass ein adäquater Nachfolger existierte.

Die Auseinandersetzung mit der stalinistischen Form der Staatswirtschaft ist die andere Seite der Kritik des Kapitalismus. Die ökonomische Despotie der Sowjetunion und des Ostblocks hat mit dem Sozialismus so viel zu tun wie das Christentum mit der Inquisition. Die „politbürokratische Diktatur“ (Bahro) des sog. realen Sozialismus negierte, ungeachtet einiger meist erfolgloser Gegenbewegungen, das Ziel der Selbstbestimmung der unmittelbaren Produzenten. So wurde der Sozialismus, der ohne Demokratie, ohne die Aneignung des Produktionsprozesses durch die Arbeitenden, nicht existiert, durch den Ostblock in besonderer Weise und höchst wirksam diskreditiert.

Die neoliberale Ideologie, die die privatwirtschaftliche Ordnung als unüberschreitbaren Endpunkt der Geschichte begreift, die in der rot-grünen Regierungszeit vielfach praktische Politik wurde, wird nicht zuletzt durch das Grund-

gesetz in Frage gestellt. Es eröffnet, auch als Antwort auf die kapitalistische Diktatur des Dritten Reiches, die Möglichkeit zur Schaffung einer Wirtschaftsordnung mit gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln (Art.15 GG), die an rechtsstaatliche Garantien und die persönlichen und politischen Freiheitsrechte gebunden ist (Art.1 Abs.3, Art.79 Abs.3 GG). In der Periode der rot-grünen Regierung wurde der Neoliberalismus von Olaf Scholz, dem Generalsekretär der SPD unter Gerhard Schröder, zum Programm erhoben: Dem Begriff des demokratischen Sozialismus, den er einen Sprechunfall nannte, sprach er eine geringe Aussagequalität zu. Wenige Jahre später übernahm der sozialdemokratische Bundeskanzler die Kernaussage des Neoliberalismus. Er erklärte, dass der Kapitalismus wie kein anderes System Freiheit, Sicherheit und Wohlstand gewährleiste. So spielt die Frage einer Transzendierung des Systems der privaten Profitmaximierung in der SPD, deren Widerstandskämpfer gegen Hitler nicht zuletzt für das Ziel einer demokratischen Wirtschaftsordnung ihr Leben ließen, keine zentrale Rolle mehr. Dabei besitzt die Sozialdemokratie eine auch für die Gegenwart erhellende Tradition großer Analysen der zuletzt mit der Finanzkrise aufbrechenden ökonomischen Widersprüche – man denke nur an Rudolf Hilferdings „Finanzkapital“.

Die Idee einer freieren Gesellschaft ist kein leeres Postulat. Im Unterschied zu Marx' Position, der davon sprach, dass die Arbeiterbewegung keine Ideale zu verwirklichen habe, sondern nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen habe, kann schon die Antizipation einer humaneren Ordnung eine mobilisierende Wirkung entfalten. Tatsächlich sind die grossen Reformbewegungen im Ostblock in den Forschungsinstitutionen der CSSR und der Sowjetunion in einer Zeit, als die politbürokratische Diktatur herrschte, von führenden Theoretikern –von Zdenek Mlynar und Tatjana Saslawskaja – so vorgedacht worden, dass eine Konzeption der demokratischen Neuordnung in dem Augenblick historische Wirklichkeit zu werden begann, als eine Wendung an der politischen Spitze mit den neuen Generalsekretären Dubcek und Gorbatschow eintrat.

Die mit dem Denken von Marx verbundene Tradition wird nicht unkritisch vergegenwärtigt. Ihre theoretischen Schranken werden thematisiert. Sie bestehen darin, dass eine sozialistische Gesellschaft ganz im Sinne von Rousseau überwiegend als eine homogene Ordnung vollständiger Interessenübereinstimmung der Individuen begriffen wird. Eine derartige, die Differenz von Allgemeinem und Besonderen aufhebende gesellschaftliche Ordnung bedarf auch keiner rechtsstaatlich-demokratischen Garantien wie der Gewaltenteilung und der persönlichen Freiheitsrechte, die Marx in dem Aufsatz über die Judenfrage von 1843 und in dem Beitrag über die Pariser Kommune von 1871 als Konstruktionsprinzip einer neuen Gesellschaft für überflüssig hielt. Gleichwohl behält der Satz von Marx, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein ernied-

rigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, richtunggebende Bedeutung.

Die Beiträge sind, ohne ihre Intention zu verändern, leicht überarbeitet und z.T. gekürzt worden. Für die Mitarbeit an der Gestaltung des Bands danke ich Angelika Berlit.

Hannover, im März 2011

Joachim Perels

I. Grundlagen

1.

Demokratische Alternativen zur kapitalistischen Krisendynamik Das Beispiel des Prager Frühlings

I.

Mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise des kapitalistischen Systems, die Millionen von Menschen in Folge des Zusammenbruchs großer Banken in wirtschaftliche Unsicherheit und Not gestürzt hat, steht die Frage der Legitimität der privatwirtschaftlichen Ordnung, die lange Jahre kein öffentliches Thema war, objektiv auf der Tagesordnung. Dem aber widersprechen übereinstimmend Vertreter der offiziellen Politik – wie Bundespräsident Köhler, Ministerpräsident Koch und Finanzminister Steinbrück. In ihrer Perspektive ist die Krise auf das moralisch defizitäre Fehlverhalten Einzelner zurückzuführen. Steinbrück spricht von der Gier und Raffgier von Teilen der Eliten, von der Maßlosigkeit bei Gehältern und Abfindungen. Dies stünde im Widerspruch zu den weiter gültigen Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft.¹

Die Krise ist jedoch mit der Personalisierung ihrer Ursachen nicht ausreichend zu erfassen, weil sie wesentlich auf den immanenten Funktionsmechanismen der privaten Aneignung des Wirtschaftsprozesses, vor allem durch die Großeigentümer und Manager, beruht, die gerade auch im spekulativen Handeln der für den Kapitalismus bestimmenden Systemlogik der Steigerung der Profitrate folgten. Sie ist auch in einer sozialen Marktwirtschaft mit dem Verfügungsmonopol der ökonomischen Eliten in voller Gültigkeit. Rudolf Hilferding, im Kabinett von Hermann Müller von 1928 sozialdemokratischer Finanzminister der Weimarer Republik, ein Vorgänger von Peer Steinbrück, hat in seinem vor dem Ersten Weltkrieg erschienenen Buch „Das Finanzkapital“ die mit der Expansion des privaten Bankensystems verbundene Krisendynamik der Blockierung des Kreditsystems, die die Regression der kapitalistischen Wirtschaft bestimmte, analysiert: „Die Banken sind in dieser Periode (der Krise) nicht mehr in der Lage, das Geld für den Zweck der Produktionserweiterung zu Verfügung zu stellen. (...) In dieser Periode (steht) die Spekulation sowohl in Waren als auch in Effekten in höchster Blüte und stellt sehr gesteigerte Anforderungen an den Kredit. (...) Deshalb werden die Banken die Tendenz haben, ihren Gewinn in der flüssigen Form, in der Geldform, festzuhalten, und damit wird die Ver-

1 P. Steinbrück, Wie geht es wieder aufwärts?, Stern H. 15/ 2009, S. 46.

wandlung in produktives Kapital, also die wirkliche Erweiterung des Produktionsprozesses gehemmt.“² So resultiert die restriktive Kreditpolitik der Banken nicht aus ihrem bösen Willen, dem durch Appelle abzuhelfen wäre. Vielmehr ist die systematische Beschneidung der Kreditvergabe nichts anderes als die dem Kapitalismus adäquate Bewahrung der Substanz des Profits der Banken bei hohen Verlusten durch Spekulationsgeschäfte.

Ähnlich wie Rudolf Hilferding hat Ernst-Wolfgang Böckenförde, im Gegensatz zur offiziellen Lesart, die kapitalistische Wirtschaftskrise auf den Begriff einer objektiv sich vollziehenden ökonomischen Logik gebracht. Ausdrücklich bezieht sich Böckenförde, der die realsozialistische Systemalternative der autoritären Staatswirtschaft wegen der Negierung rechtsstaatlich-demokratischer Prinzipien grundsätzlich verwirft,³ sowohl auf die Analysen von Marx als auch auf die den Kapitalismus in Frage stellende katholische Soziallehre. Ihre Grundposition schlägt sich in dem Postulat Papst Johannes Pauls II nieder, dass der Mensch „nicht Sklave der Wirtschaftssysteme, Sklave der Produktion, Sklave der eigenen Produkte“ werden dürfe.⁴ Im Zentrum steht die Erkenntnis der Auswirkungen der Funktionslogik der weltweiten, schrankenlosen Profitmaximierung. Böckenförde resümiert: „Der Kapitalismus (...) krankt nicht allein an seinen Auswüchsen, nicht an der Gier und dem Egoismus der Menschen, die in ihm agieren. Er krankt an seinem Ausgangspunkt, seiner zweckrationalen Leitidee und deren systembildender Kraft.“⁵ Während Jürgen Habermas feststellt, dass sich „die Spekulanten (...) im Rahmen der Gesetze konsequent nach der gesellschaftlich anerkannten Logik der Gewinnmaximierung verhalten“ haben und gleichzeitig „die sozialisierten Kosten des Systemversagens die verletzbarsten sozialen Gruppen am härtesten treffen“, konstatiert er doch, dass es kein „Ausbrechen aus dem Universum des Kapitalismus seit 1989/90“ mehr gebe; es könne „nur um eine Zivilisierung und Zähmung der kapitalistischen Dynamik von innen gehen.“⁶

Im Gegensatz zur prinzipiellen Hinnahme des Kapitalismus, auch im mainstream der gegenwärtigen Politik, entwickelt Böckenförde eine grundlegende Infragestellung des Systems der privaten Profitmaximierung, für das der Ge-

2 R. Hilferding, Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, in: Marx-Studien, 3. Band, hrsg. v. M. Adler/R. Hilferding, Wien 1910, S. 323.

3 E.-W. Böckenförde, Die Rechtsauffassung im kommunistischen Staat, 2. Aufl., München 1968.

4 E.-W. Böckenförde, Woran der Kapitalismus krankt. Die Krise liegt im System, Süddeutsche Zeitung v. 24.4.2009.

5 Ebd.

6 J. Habermas, Nach dem Bankrott der Banken. Nicht der Markt, sondern die Politik ist für das Gemeinwohl zuständig, DIE ZEIT v. 6.11.2009.

brauchswert der Produktion, die Interessen und Bedürfnisse der breiten Masse der Bevölkerung eine nachrangige Größe des „geldheckenden Gelds“ (Marx) sind. Die Notwendigkeit der Transzendierung der privaten Profitlogik des Kapitalismus formuliert Böckenförde so: „An die Stelle eines ausgreifenden Besitzindividualismus, der das als natürliches Recht proklamierte potentiell unbegrenzte Erwerbsinteresse der Einzelnen, das keiner inhaltlichen Orientierung unterliegt, zum Ausgangspunkt und strukturierenden Prinzip nimmt, müssen ein Ordnungsrahmen und eine Handlungsstrategie treten, die davon ausgehen, dass die Güter der Erde, das heißt Natur, Umwelt, Bodenschätze, Wasser und Rohstoffe, nicht denjenigen gehören, die sie sich zuerst aneignen und ausnützen, sondern zunächst allen Menschen gewidmet sind, zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse und der Erlangung von Wohlfahrt.“ Eine derartige Alternative zum Kapitalismus, die an die Gedankenwelt Thomas von Aquins anknüpft, für den die irdischen Güter die Aufgabe haben, „der Bedürftigkeit der Menschen insgesamt aufzuhelfen“, verändert die fremdbestimmte, durch das System privater Verfügung bestimmte Stellung der Menschen im Produktions- und Reproduktionsprozess der Gesellschaft von Grund auf. Dann erscheint „Solidarität (...) als strukturierendes Prinzip des menschlichen Miteinanders auch im ökonomischen Bereich. (...) (Die Menschen) werden Subjekte und Partner im Bereich von Nutzung, Handel und Erwerb statt Objekte möglicher Ausbeutung.“⁷

II.

Dass das privatwirtschaftliche System auch in der Finanzkrise ohne Alternative sei, weil jede nichtkapitalistische Ordnung notwendig mit einem System politischer und gesellschaftlicher Unfreiheit verbunden sei, ist die Auffassung der führenden Repräsentanten in Wirtschaft und Staat, aber auch in der Wissenschaft. Diese These, die tatsächlich ihr fundamentum in re in der jahrzehntelangen politbürokratischen Diktatur der staatswirtschaftlichen Systeme des Ostblocks unter der Vorherrschaft der Sowjetunion hat,⁸ besitzt jedoch, wenn man den historischen Prozess in den Blick nimmt, keine durchgängige Geltung. Nicht nur verschiedene, z.T. begrenzte oder auch weitgreifende demokratische Reformversuche in den Jahren 1956/57 in der Sowjetunion, in Polen, in der DDR und in Ungarn, die die hierarchischen, von der Parteispitze bestimmten Herrschaftsstrukturen verändern sollten, zeugen, ungeachtet ihres durch die parteikommunistischen Herrschaftsverhältnisse bedingten Scheiterns, davon, dass eine

7 Böckenförde, Woran der Kapitalismus krankt (Fn. 4).

8 R. Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln 1977.

immanente Überwindung der Formen einer nichtkapitalistischen Diktatur konzeptionell und praktisch nicht a limine ausgeschlossen ist.

Der Prager Frühling von 1968, die umfassendste Reformbewegung im Ostblock bis zur Perestroika in der Sowjetunion, ist das historische Experiment der Verbindung einer entstehenden rechtsstaatlichen Demokratie mit einem System öffentlichen Eigentums an den Produktionsmitteln. Die Strategien der Ära Dubcek sind eine exemplarische Versuchsgestalt einer gesellschaftlichen Demokratie von weltgeschichtlicher Bedeutung, die durch die gewaltsame Beendigung durch die vereinigten Machträger der staatswirtschaftlichen Diktatur von ihrer unabgegotenen, geschichtlich schon einmal verankerten Wahrheit nichts verloren hat.⁹

Obgleich das Prager Experiment nicht in der Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus, sondern im System des autoritären Staatssozialismus entstand, ist die praktisch wirksam gewordene Konzeption einer demokratischen, die Partikularinteressen transzendierenden Vergesellschaftung für Fragen einer Alternative zu den ruinösen Strukturen privater Profitmaximierung unmittelbar relevant.

III.

Die mit der Reformkonzeption der KPC verbundenen institutionellen Veränderungen zielten ins Herz der politbürokratischen Diktatur, die die Erkenntnis- und Entscheidungsprozesse in einer kleinen bürokratischen Oberschicht monopolisiert hatte.¹⁰ Die Gedankenwelt des Vernunftrechts der Aufklärung, die in den modernen Verfassungen – von der amerikanischen Verfassung bis zum Bonner Grundgesetz – ihren Niederschlag gefunden hat, ist darauf gerichtet, die autoritäre Definitionsmacht über die Gesellschaft durch die Konstituierung der Freiheitsrechte, der Gewaltenteilung und die Gesetzgebungsbefugnis des Volkes aufzuheben, durch die die politischen Leitungsorgane – wie immer vermittelt – an den Willen der vereinigten Individuen gebunden werden.

Die gegen eine unkontrollierbare Allgewalt des Staates gerichtete Gewaltenteilung und die persönlichen und politischen Freiheitsrechte bilden die Grundlage der Umgestaltung. Wie die Gerichte allein an das Gesetz gebunden und politischer Einflussnahme entzogen werden, so sollte der Sicherheitsapparat entmachtet und von der Entscheidung politischer Konflikte ausgeschlossen werden.

9 V. Horsky, Prag 1968. Systemveränderung und Systemverteidigung, Stuttgart 1975; Z. Hejzlar, Reformkommunismus. Zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Köln 1976; Z. Mlynar, Nachfrost. Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus, Frankfurt/M. 1978.

10 Bahro (Fn. 8).